

Potsdam, der 29.07.2021

- Pressemitteilung -

Bildungsministerin verhindert tarifgerechte Bezahlung von Lehrkräften

Die Brandenburger Bildungsministerin blockiert seit 2018 die Einigung zur Finanzierung der freien Schulen, die eine gerechte Bezahlung der Lehrkräfte ermöglichen würde. Damit stellt sie sich gegen das Schulgesetz. Dieses sieht eigentlich vor, dass die Gehälter und die Personalkosten in den Landeszuschüssen jenen im öffentlichen Dienst entsprechen sollen. Insgesamt geht es um aktuell **70 Millionen Euro** für drei Schuljahre.

Fast alle Schulen in freier Trägerschaft beklagen diese Position seit drei Jahren vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder. Das Gericht hat im Januar 2021 bereits schriftlich verdeutlicht, dass die Personalkosten sehr wahrscheinlich zu Unrecht nicht bzw. zu gering gezahlt wurden. Es forderte die Ministerin zum Vergleich auf. Die Reaktion: Einem endgültigen Urteil will die Bildungsministerin nun durch eine Initiative zur Änderung des Schulgesetzes zuvor kommen. Dies liegt der AGFS vor. Das ist ein einmaliger Vorgang. Die Lohnentwicklung an freien Schulen würde damit in einem wesentlichen Teil auf dem Niveau von vor 2018 eingefroren.

Dabei kürzt das Land jetzt schon bei jedem/r SchülerIn einer freien Schule. Die eingesparte Summe pro Schüler betrug 2016 bereits 2.400€. (aus Bericht des Statistischen Bundesamtes 2017) Diese ist seitdem weiter deutlich gestiegen. Allein die Differenz der Personalkostenfinanzierung liegt bei über 700€/Monat pro Lehrkraft (nach TV-L 2021) – Beamtenstatus nicht mitgerechnet. Das ist durch das Schulgeld, das die Eltern entrichten, nicht mehr aufzufangen.

Es entspricht nicht dem Anliegen des gemeinsamen Koalitionspapiers der Regierungsfractionen aus dem Jahr 2019, in dem die Herstellung eines „*Einvernehmens*“ (Zeilen 1578ff) zur Finanzierung der freien Schulen festgeschrieben wurde. Der jetzige Gesetzentwurf, der die Schulen in freier Trägerschaft auf Dauer benachteiligt, steht diesem Anliegen entgegen. Der einzige Weg wieder in ein Gespräch zu kommen und für alle Beteiligten gerechte Verhältnisse zu schaffen, liegt in der Rücknahme der Gesetzesinitiative durch Frau Ministerin Ernst. Die freien Schulen verdienen eine faire Behandlung.

Rückfragen an
Dr. Irene Petrovic-Wettstädt – irene.petrovic-wettstaedt@ldvc.de / 03321 – 74 878 15
Tilo Steinbach – tilo.steinbach@agfs-brb.org / 0331 - 2353 9446 / 0160 – 970 11 830

Dr. Irene Petrovic-Wettstädt (Vorsitzende) ♦ Tilo Steinbach (Geschäftsführer)
♦ Schloßstr. 13 ♦ 14467 Potsdam ♦ 0331 / 2353 9446 ♦ info@agfs-brb.org
www.agfs-brb.org ♦ www.wir-leben-freie-schule.de

1